

Antrag 2024/II/Wahl/14

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Zwei Wege zum Abitur ohne Diskreditierung

1 Der SPD Landesparteitag möge beschließen Die SPD wird den Übergang in weiterführende
2 Schulen mit dem Schulgesetz in Einklang bringen. Sowohl die Gymnasien als auch die Stadtteil-
3 schulen führen zum Abitur. Die jetzige Praxis der Schulformempfehlung degradiert die Stadt-
4 teilschulen als Schulen zweiter Klasse; sie wird durch eine Schullaufbahnpflicht ersetzt.

5 **Begründung**

6 Bereits im Regierungsprogramm der SPD 2020 – 2025 stand auf S. 70: „Die SPD wird statt einer
7 Schulformempfehlung eine Schullaufbahnpflicht auf den Weg bringen.“ Dieses Wahl-
8 versprechen wurde nicht einmal in die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen eingebracht.
9 Es geht darum, die Auswirkungen der sog. „Gymnasialempfehlung“ abzuschaffen. Kinder be-
10 kommen bereits in der 2. Klasse Nachhilfeunterricht und Eltern stehen unter einem beispiel-
11 losen Vergleichsdruck. Dabei können Jugendliche sowohl in der Stadtteilschule als auch im
12 Gymnasium das Abitur ablegen. Von allen Schüler*innen, die das Abitur ablegen, tun das in-
13 zwischen fast 40 Prozent auf Stadtteilschulen. Insofern stellt die jetzige Praxis eine Diskredi-
14 tierung für die Stadtteilschulen dar. Und die Arbeit der Stadtteilschulen wird dadurch erheb-
15 lich erschwert: an Gymnasien haben über 78,3 Prozent der Schüler*innen in Jahrgangsstufe
16 5 im Schuljahr 2023/24 eine Gymnasialempfehlung; an den Stadtteilschulen sind es 8,2 Pro-
17 zent. Hinzu kommt, dass zum Schuljahr 2023/24 allein am Ende der Jahrgangsstufe 6 rund 780
18 Wechsel vom Gymnasium an die Stadtteilschule erfolgten. Damit wechselten 9,8 Prozent al-
19 ler Sechstklässler*innen, die im vergangenen Schuljahr ein Gymnasium besucht haben, an die
20 Stadtteilschule. Insgesamt wechselten von der 5. bis zur 12. Klasse 1385 Schüler*innen die Schul-
21 form: Vom Gymnasium zur Stadtteilschule. (Quelle: UDIS, BSB, Referat V 12 Schuljahresstatis-
22 tik 2023). Damit bestätigt sich eine längst erwiesene Erfahrung: die Gymnasialempfehlung ist
23 hoch fehlerbehaftet und häufig abhängig vom Sozialstandard der Eltern. Für die betroffenen
24 Jugendlichen ist ein Schulformwechsel ein Negativerlebnis, das starke Beeinträchtigungen im
25 Selbstwertgefühl nach sich zieht. Es besteht Handlungsbedarf, das Schulgesetz muss ange-
26 wendet werden, eine Schullaufbahnpflicht hilft den Kindern und Eltern bei der Orientie-
27 rung und setzt sie nicht unter Druck.